

Urbane (Un-) Gerechtigkeit: Die soziale Lage in Wien

Peter Stanzl

1. Einleitung

Trotz hoher Lebensqualität, eines höheren Bildungsniveaus und höherer Durchschnittseinkommen ist die Ungleichheit in Wien stärker ausgeprägt als in anderen Städten bzw. Regionen in Österreich. Wien reiht sich damit in die Liste vergleichbarer Städte wie London oder Berlin ein. Vor allem in hochentwickelten Ländern steht die soziale Integration in den Städten sehr oft in umgekehrter Relation zur wirtschaftlichen Entwicklung (Paradoxon der Städte).¹ Diese Städte weisen eine höhere Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung auf und soziale Probleme (z.B. Wohnungslosigkeit) treten verstärkt auf.

Meist ist die Bevölkerungsstruktur dieser Städte heterogener und diverser. In Wien ist vor allem der höhere Migrationsanteil der Bevölkerung hervorzuheben. Viele MigrantInnen verfügen nur über geringe berufliche Qualifikationen (z.B. „GastarbeiterInnengeneration“). Sie geraten durch die veränderten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt zunehmend unter Druck und werden von besser gebildeten und zum Teil billigeren Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern verdrängt. Ebenso sind auch in Österreich geborene gering qualifizierte WienerInnen diesem Verdrängungswettbewerb verstärkt ausgesetzt. Die schon zuvor bescheidenen Erwerbseinkommen fallen in der Arbeitslosigkeit noch geringer aus, sodass die Betroffenen auf zusätzliche soziale Unterstützungen angewiesen sind. Doch die Migration alleine erklärt das Phänomen einer größeren sozialen Ungleichheit in Wien nicht. Von den strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt ist Wien zum Teil stärker betroffen als andere Regionen in Österreich. So verzeichnete Wien in den letzten Jahren einen starken Rückgang von Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte, die somit zweifach unter Druck geraten sind. Das starke Bevölkerungswachstum wiederum führt zu einer Verknappung und Verteuerung von Wohnraum. Besonders betroffen sind Personen, die neu auf den Wohnungsmarkt drängen (z.B. junge WienerInnen oder MigrantInnen).

2. Ungleichheit in Wien

Armutsentwicklung und Einkommensverteilung

Laut Statistik Austria zählt Wien mit einer rund 25%igen Armutsgefährdungsquote (2012) in Österreich zu den Bundesländern mit der höchsten Armutsgefährdung und stellt mit rund zwei Drittel der BezieherInnen einer Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) den Hauptteil der BMS-BezieherInnen in Österreich. Die Anzahl der BMS-BezieherInnen ist in den letzten Jahren überproportional stark gestiegen (seit 2012 sind die Wachstumsraten allerdings in den meisten Bundesländern höher). Zurückzuführen ist dies nicht nur auf strukturelle Effekte (höhere Mindeststandards in der BMS etc.), sondern auch auf den Anstieg von Personen mit geringen Einkommen. So ist das unterste Einkommenszehntel in Wien angestiegen. Zählten 2008 nur 15% der Wiener Bevölkerung zum untersten Einkommenszehntel, waren es 2012 bereits 19%. Dies entspricht einem relativen Anstieg von 27%. Das Auseinanderdriften der Bevölkerung wird auch durch einen höheren Anteil am obersten Einkommenszehntel in Wien sichtbar (12%). Die Armutslücke (Intensität der Armut) in Wien beträgt 26%. Im Vergleich dazu liegt das Medianeinkommen der armutsgefährdeten Personen in Österreich rund 20% unter der Armutsgefährdungsschwelle.²

Vermögensverteilung

Nicht nur Einkommen sind in Wien ungleich verteilt, auch bei der Vermögensverteilung gibt es Unterschiede. Rund 40% der Wiener Bevölkerung weist so gut wie kein Vermögen auf. 30% der Bevölkerung hält rund 92% des Vermögens. Der Gini-Koeffizient bei Nettovermögen liegt mit 0,80 über dem österreichweiten Koeffizienten mit 0,76.³

1 Vgl. Die städtischen und regionalen Aspekte von Europa 2020. Siebter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Europäische Kommission, 2011.

2 Vgl. EU-SILC, Statistik Austria, 2013

3 Vgl. Wiener Sozialbericht – Wiener Reichtumsbericht 2012, Stadt Wien, 2012

Arbeitslosigkeit

Ähnliche Unterschiede sind auch der Arbeitslosenstatistik zu entnehmen. 2013 betrug die Arbeitslosigkeit in Österreich 4%. In Wien lag sie mit 8,4% doppelt so hoch. Nur in den ersten Krisenjahren (2008 und 2009) verzeichnete Wien im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern einen geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Seit 2011 steigt die Arbeitslosigkeit in Wien wesentlich stärker an als in Gesamtösterreich.

3. Leistungen der Stadt

Die Stadt Wien gibt pro Jahr rund 2,7 Mrd. Euro für Sozialleistungen aus. Dies entspricht rund einem Viertel der Gesamtausgaben der Stadt. Der Anteil der Ausgaben für Sozialleistungen an den Gesamtausgaben ist seit Jahren konstant geblieben. Allerdings ist das Budget (und somit auch das Sozialbudget) – vor allem mit Beginn der Wirtschaftskrise – laufend gestiegen. Den größten Anteil an den Sozialausgaben weisen Pflege- und Betreuungsleistungen sowie alle Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien auf.

Die Sozialleistungen des Landes sind vorwiegend dem Typ der bedarfsgeprüften Leistungen zuzuordnen. Der Großteil der Leistungen wie Pflege und Betreuung, Wohnungslosenhilfe, BMS oder mit Einschränkungen die Behindertenhilfe stellen Sozialhilfeleistungen dar. Flankiert werden diese Leistungen sehr oft von Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangeboten (z.B. sozialarbeiterische Beratung). Im Unterschied zu den Bundes- oder Sozialversicherungsleistungen (z.B. Arbeitslosenversicherung, Kinderbetreuungsgeld) sind die Landesleistungen vorwiegend Sachleistungen. Die Sozialausgaben der Länder nehmen im Vergleich zu den Sozialausgaben des Bundes (inkl. der Ausgaben der Sozial-

versicherung) eine untergeordnete Rolle ein. Zu bemerken ist aber, dass die strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt teilweise zu einer Erosion des ersten sozialen Sicherungsnetzes und zu einer Verlagerung in das zweite bzw. letzte soziale Sicherungsnetz (z.B. in die bedarfsorientierte Mindestsicherung) geführt haben. Rund 8% der Wiener Bevölkerung ist mittlerweile von (meist ergänzenden) Leistungen der BMS abhängig. Die BMS stellt eine Art Grundsicherung dar, die – trotz zahlreicher Verbesserungen – nur ein bescheidenes Leben ermöglicht. Gerade für die BezieherInnen niedriger Einkommen sind daher zusätzliche Angebote wie der Wiener Mobilpass oder der kostenlose Kindergarten, der soziale Wohnbau in Wien („leistbares Wohnen“) sowie der niederschwellige Zugang zu den sozialen Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung. Soziale Infrastruktur und soziale Leistungen tragen ihren Teil zu einer gerechteren Gesellschaft bei. Ihre Wirkungen dürfen aber nicht überschätzt werden, da sie eher kompensierend sind und an den Ursachen von sozialer Ungleichheit wenig ändern. Erst in der Kombination mit präventiven und integrierenden Maßnahmen können sie zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung beitragen. Die Stadt Wien hat daher ihre Sozialpolitik in den letzten Jahren stärker nach diesen Prinzipien ausgerichtet und zahlreiche Maßnahmen geschaffen. Soziale Gerechtigkeit ist jedoch keine exklusive Aufgabe der Sozialpolitik, sondern bedarf umfassenderer politischer Interventionen in allen Politikfeldern (Beschäftigungspolitik, Bildungspolitik etc.). Letztendlich kann Sozialpolitik nur dann erfolgreich sein, wenn das Ziel einer gerechteren Gesellschaft Einzug in alle Politikbereiche hält. Derzeit werden viele gesellschaftliche Probleme an die Sozialpolitik delegiert, die weder die entsprechenden Instrumente und Mittel noch die gesellschaftliche Legitimation und Akzeptanz dazu hat, diese zu lösen.